

Niederschrift
über die Sitzung des Rates der Stadt Bielefeld
am 20.01.2021

Tagungsort: Großer Saal der Stadthalle
Beginn: 18:30 Uhr
Ende: 19:30 Uhr

Anwesend:

Herr Oberbürgermeister Clausen
Herr Bürgermeister Rüter
Frau Bürgermeisterin Schrader
Frau Bürgermeisterin Osei

CDU

Herr Brüntrup
Herr Copertino
Frau Grünewald
Herr Henrichsmeier
Herr Kaldek
Herr Kleinkes
Herr Krumhöfner
Herr Dr. Kulinna
Herr Dr. Lange
Herr Leder
Herr Nettelstroth (Fraktionsvorsitz)
Frau Orłowski
Frau Steinkröger
Herr Strothmann
Herr Thole
Frau Varnholt
Herr Wasyliw

FDP

Herr Knauf
Herr Schlifter
Herr Seifert
Herr vom Braucke
Frau Wahl-Schwentker (Fraktionsvorsitz)

Die Linke

Herr Dr. Schmitz
Frau Stelze
Frau Taeubig
Herr Vollmer (Fraktionsvorsitz)

SPD

Frau Avvuran
Herr Banze
Frau Biermann
Frau Brinkmann
Herr Brücher
Herr Frischemeier
Herr Gladow
Frau Gorsler
Herr Heimbeck
Herr Keskin
Herr Klaus
Herr Nockemann
Herr Prof. Dr. Öztürk (Fraktionsvorsitz)
Frau Weißenfeld
Frau Welz

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Bohne
Frau Brockerhoff
Herr Hallau
Frau Henneke
Herr Hood
Herr John
Herr Julkowski-Keppler (Fraktionsvorsitz)
Frau Kloss
Frau Labarbe
Frau Pfaff
Frau Purucker
Herr Rees
Herr Schnell
Herr Wiemer

AfD

Herr Kneller
Herr Sander

Die PARTEI

Herr Hofmann
Frau Oberbäumer

Einzelvertreterin/Einzelvertreter

Herr Elias (BIG)
Herr Krämer (BfB)
Herr Gugat (LiB)
Frau Rammert (Bürgernähe)

Verwaltung:

Herr Beigeordneter Nürnberger	Dezernat 5
Frau Ley	Büro Oberbürgermeister und Rat
Frau Bockermann	Presseamt
Herr Steinmeier	Presseamt
Frau Grewel	Büro Oberbürgermeister und Rat
Frau Wilms	Büro Oberbürgermeister und Rat
Frau Krumme	Büro Oberbürgermeister und Rat
Herr Kricke	Büro Oberbürgermeister und Rat (Schriftführung)

Zuhörer/-innen in nichtöffentlicher Sitzung:

Herr Werner	Geschäftsführung CDU
Herr Strahlke	Geschäftsführung FDP
Frau Turan	Geschäftsführung Die Linke

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Nach einem kurzen Hinweis auf die weiterhin geltenden Corona bedingten Verhaltensregeln stellt Herr Oberbürgermeister Clausen die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

In Anbetracht der Rahmenbedingungen sei er um eine straffe Sitzungsleitung bemüht und schlage von daher vor, die im Kontext zur Corona-Pandemie stehenden Tagesordnungspunkte 5 – 8 zu einem Tagesordnungspunkt zusammenzufassen, aber natürlich getrennt voneinander abzustimmen. Entsprechend sollte mit den Tagesordnungspunkten 11 und 12 verfahren werden. Da die Antwort auf die Anfrage der FDP-Fraktion unter TOP 2.1 im Informationssystem eingestellt sei, werde auf ein Verlesen verzichtet. Zudem bitte er darum, die Antwort zur Kenntnis zu nehmen und nach Möglichkeit auf Stellungnahmen zu verzichten. Überdies teilt Herr Oberbürgermeister Clausen mit, dass zu TOP 6 „Unterstützung des Vereins Arbeit und Leben“ sowohl die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie Herr Gugat (LiB) Änderungsanträge gestellt hätten, die den Mitgliedern vorliegen würden bzw. im Informationssystem eingestellt seien.

Zu TOP 8 „Erstattung von Elternbeiträgen vor dem Hintergrund der Corona-Krise“ habe die SPD-Fraktion noch einen Antrag eingereicht, der ebenfalls verteilt bzw. im System hochgeladen worden sei.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

B e s c h l u s s:

Der Rat stimmt den Verfahrensvorschlägen zu.

-.-.-

Zu Punkt 1 Mitteilungen

Mitteilungen liegen nicht vor.

-.-.-

Zu Punkt 2 Anfragen**Zu Punkt 2.1 Meldestau und bereinigte Sieben-Tages-Inzidenz bei SARS-CoV-2-Infektionen
(Anfrage der FDP-Fraktion vom 12.01.2020)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0448/2020-2025

Text der Anfrage:

Frage:

Wie viele positive Coronatests wurden der Stadt Bielefeld an welchen

Tagen der letzten vier Wochen gemeldet und welche bereinigten Sieben-Tages-Inzidenzen ergeben sich daraus jeweils? (Bitte tabellarisch für jeden Tag der letzten vier Wochen die wirklichen Neuinfektionen, den bereinigten Sieben-Tages-Inzidenzwert, die ans RKI gemeldeten Fälle und den sich daraus ergebende „offizielle“ Sieben-Tages-Inzidenzwert in einem offenen Dateiformat zur Verfügung stellen.)

Erste Zusatzfrage:

Wie verteilen sich die Infektionen über die Altersgruppen und wie viele Infektionen finden in Alten- und Pflegeheimen statt?

Zweite Zusatzfrage:

Für wie viele Infizierte liegen Informationen zur Herkunft (Ort/Anlass/Person) vor?

Zur Beantwortung der Anfrage wird auf die umfangreiche grafische und tabellarische Darstellung im Informationssystem verwiesen.

Der Rat nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3

Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

Zu Punkt 3.1

hier: Bereitstellung von Mitteln für überplanmäßiges Personal für sog. Alltagshelferinnen und -helfer für die Kindertageseinrichtungen in städtischer Trägerschaft

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0301/2020-2025

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

B e s c h l u s s:

Die Dringlichkeitsentscheidung Nr. 092 wird genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3.2

Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung zur Beauftragung der Verwaltung, mit dem Bielefelder Taxigewerbe eine Vereinbarung zur Beförderung von mobilitätseingeschränkten Personen über 80 Jahren zu Impfterminen im Impfzentrum zu schließen.

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0360/2020-2025

Herr Seifert (FDP-Fraktion) begrüßt die Entscheidung, Taxigutscheine für mobilitätseingeschränkte Personen über 80 Jahre einzuführen, zumal seine Fraktion bereits Anfang Januar einen entsprechenden Vorschlag

unterbreitet habe. Da die Taxifahrer allerdings für diese Fahrten den nicht auskömmlichen Krankenkassentarif erhielten, werde seine Fraktion unter TOP 5 beantragen, dass diese Fahrten zum normalen Tarif abgerechnet würden. Überdies seien im Verfahren selbst einige bürokratische Hürden, wie z. B. den Nachweis, dass keine Angehörigen die Fahrten übernehmen könnten oder den Nachweis der Pflegestufe, enthalten, die einen Teil der Über-80-Jährigen überfordern dürften. Von daher sollten die Regelungen möglichst verständlich formuliert und praktikabel umgesetzt werden.

Herr Oberbürgermeister Clausen weist darauf hin, dass es vorliegend um die Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gehe, die am 12.01.2021 gefasst wurde. Auf Basis dieser Entscheidung sei die Verwaltung bereits in den Vollzug der Maßnahme eingetreten, seines Wissens sei die Vereinbarung schon abgeschlossen.

Sodann fasst der Rat folgenden

B e s c h l u s s:

Der Rat genehmigt die nach § 60 Abs. 1 GO NRW getroffene Dringlichkeitsentscheidung Nr. 40 Beauftragung der Verwaltung, mit dem Bielefelder Taxigewerbe eine Vereinbarung zur Beförderung von mobilitätseingeschränkten Personen über 80 Jahren zu Impfterminen im Impfzentrum zu schließen.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4

Anträge

Zu Punkt 4.1

„Ja zur Impfung – Transparenz und Unterstützung beim Impfmanagement“ (Gemeinsamer Antrag aller Fraktionen)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0387/2020-2025

Text des gemeinsamen Antrages der Fraktionen:

Text s. Beschluss

-.-.-

Herr Sander (Ratsgruppe AfD) merkt an, dass der Rat weder fachlich noch politisch in der Lage sei, die Wirksamkeit und Sicherheit der zugelassenen Impfstoffe zu beurteilen. Bemerkenswert sei auch, dass bei COVID-19 massiv Ängste vor möglichen Langzeitfolgen geschürt würden, während Langzeitfolgen der Impfstoffe kaum thematisiert würden, obwohl ein Mitglied der Ständigen Impfkommission durchaus entsprechende Bedenken erhoben habe. Selbst wenn die Frage mögliche Langzeitfolgen bei der Impfung der Über-80-Jährigen wohl eher zu vernachlässigen sei,

müsse sie spätestens bei der Impfung anderer Personengruppen beantwortet werden. Auch wenn die Impfstoffe im Rahmen eines regulären Verfahrens zugelassen worden seien, handele es sich um Substanzen, die aufgrund der Eilbedürftigkeit mit heißer Nadel und zum Teil auch mittels Gentechnik zusammengestellt worden seien, was die in Teilen der Bevölkerung vorhandene Skepsis noch erhöht haben dürfte. In diesem Zusammenhang weise er darauf hin, dass Impfungen mit EU-Zulassung nicht unproblematisch seien, was die in 2010 geführte Debatte über Schweinegrippe-Impfstoffe und deren Nebenwirkungen gezeigt habe. Auswirkungen auf die Zulassungspraxis der Europäischen Arzneimittelbehörde hätten diese zum Teil erheblichen Sicherheitsbedenken nicht gehabt, obwohl in den Folgejahren des Öfteren über Nebenwirkungen und Begleiterscheinungen von Schweinegrippen-Impfstoffen berichtet worden sei. Im Hinblick auf die bevorstehende Impfung von Personen, die keiner Risikogruppe angehörten, sei aus seiner Sicht eine intensive Prüfung möglicher Langzeitfolgen ebenso erforderlich wie eine gründliche Diskussion über eine damit einhergehende Güterabwägung. Seine Gruppe werde den Antrag ablehnen.

B e s c h l u s s:

1. **Der Rat der Stadt Bielefeld bekennt sich zur Notwendigkeit und Dringlichkeit der Impfung und ist von der Wirksamkeit und Sicherheit der zugelassenen Impfstoffe überzeugt. Bielefeld hat den Ehrgeiz, die Impfungen so schnell wie möglich durchzuführen. Die Impfung ist der Schlüssel zum Beenden der Corona-Pandemie. Impfen rettet Leben, ermöglicht die Rücknahme von Freiheitseinschränkungen und erhält wirtschaftliche Existenzen.**
2. **Der Rat appelliert an Verwaltung, Vereine, Verbände, alle gesellschaftlichen Gruppen und jede einzelne Bürgerin, jeden einzelnen Bürger, die Impfkampagne in der Stadt Bielefeld nach Kräften zu unterstützen. Besonderen Dank spricht der Rat den Pflegerinnen und Pflegern, Medizinerinnen und Medizinern aus, die sich bereits freiwillig für eine schnellstmögliche Impfung einsetzen.**
3. **Entsprechend der Wichtigkeit und des öffentlichen Interesses am Fortgang der Impfkampagne, beauftragt der Rat der Stadt Bielefeld die Verwaltung mit der Veröffentlichung der Daten zu der vorhandenen Impfmenge, der täglich verabreichten Erst- und Zweitdosen sowie der insgesamt mit Erst- bzw. Zweitdosis geimpften Bielefelderinnen und Bielefeldern zweimal pro Woche. Auf eine tagesaktuelle Zurverfügungstellung dieser Daten ist für die ersten Monate der Impfkampagne hinzuwirken. So können eventuell zukünftig auftretende Verzögerungen bei der Nutzung des zur Verfügung stehenden Impfstoffes umgehend erkannt und aus dem Weg geräumt werden.**

- mit Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen -

Zu Punkt 5**Covid 19 - Pandemieentwicklung in Bielefeld**Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0323/2020-2025

Herr Beigeordneter Nürnberger teilt mit, dass die Impfstofflieferungen an Krankenhäuser und Pflegeheime aufgrund von Lieferengpässen von BioNTech zunächst storniert worden seien. Im Zeitraum zwischen dem 22.01. bis 30.01. würden nur noch die Zweitimpfungen in den Altenheimen durchgeführt. Ab dem 01.02. seien aller Voraussicht nach wieder Erstimpfungen in den Krankenhäusern und Pflegeheimen möglich. Die Impfbereitschaften seien von den Lieferengpässen insofern auch betroffen, als dass sich der Start der Impfungen der Über-80-Jährigen vom 01.02. auf voraussichtlich den 08.02. verschiebe. Da pro Woche 1.400 Impfdosen für die Über-80-Jährigen angekündigt seien, dürfte sich der ursprünglich geplante Zeitraum von zwei Monaten bei einer hohen Impfbeteiligung der ca. 22.000 Über-80-Jährigen deutlich ausweiten. Die Informationsschreiben des Oberbürgermeisters und des MAGS würden den Über-80-Jährigen Ende der Woche zugehen, am Anmeldetermin ab dem 25.01. werde jedoch festgehalten.

Herr Kneller (Ratsgruppe AfD) merkt an, dass er am 22.12.20 als Kontaktperson festgestellt worden sei und am 29.12.20 einen entsprechenden Anruf des Gesundheitsamtes erhalten habe. Das offizielle Schreiben des Gesundheitsamtes sei ihm jedoch erst am 09.01.2021 zugegangen. Diese Erfahrungen zeigten, dass das städtische Corona-Management stark verbesserungswürdig sei. Vor diesem Hintergrund erachte er Überlegungen zu den Ratssitzungen vorgeschalteten Video-Konferenzen gerade in Anbetracht der guten Rahmenbedingungen, in denen die Ratssitzung durchgeführt werde, als Aktionismus.

Herr Copertino (CDU-Fraktion) stellt fest, dass die Erklärungen des Oberbürgermeisters und des Krisenstabsleiters zum Meldestau in hohem Maße unbefriedigend seien. Bedingt durch den Meldestau gebe es keine zuverlässigen Zahlen mit der Folge, dass Vertrauen verspielt und das Ansehen der Stadt bundesweit beschädigt worden sei; in Einzelfällen sei es sogar zu persönlichen und wirtschaftlichen Schäden gekommen. In Anbetracht der Verunsicherung, die durch die von der Stadt veröffentlichten unterschiedlichen Inzidenzwerte hervorgerufen worden sei, drohe zudem auch die Akzeptanz für bestimmte Maßnahmen zu schwinden. Die Verwaltungsleitung habe dafür Sorge zu tragen, dass in den für die Eindämmung der Corona-Pandemie zuständigen Ämtern stets ausreichend Personal vorhanden sei. Auch müsse sichergestellt werden, dass bei Abwesenheit des Krisenstabsleiters eine geeignete Vertretung sowie erforderlichenfalls eine telefonische Erreichbarkeit gewährleistet sei. Losgelöst davon werde seine Fraktion dem Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke zu TOP 6 „Unterstützung des Vereins Arbeit und Leben“ zustimmen, den hierzu ebenfalls vorliegenden Antrag von Herrn Gugat lehne sie ab.

Herr Schlifter (FDP-Fraktion) stellt zunächst folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Taxigutscheine für die Fahrten zum Impfbereich zum normalen Tarif abzurechnen und eine gegebenenfalls bereits getroffene Vereinbarung entsprechend anzupassen.

Nachfolgend betont er, dass insbesondere in Krisenzeiten Vertrauen die Grundlage staatlichen Handelns sei. Bei allem Verständnis für die Anfangsschwierigkeiten gerade zu Beginn der Pandemie, sei das Vertrauen vieler Menschen in die Arbeit des Krisenstabes durch die Vorkommnisse zum Jahresende erschüttert. Die Kritik seiner Fraktion lasse sich an vier Punkten festmachen. Zum einen habe die Glaubwürdigkeit der Inzidenzwerte und damit der Personen, die die Zahlen veröffentlichten, stark gelitten, was zur sinkenden Akzeptanz von Maßnahmen führe und damit auch die Anhänger von Verschwörungstheorien stärke. Des Weiteren sei nicht nachvollziehbar, dass zehn Monate nach Pandemiebeginn Daten immer noch händisch von einem Programm in das andere übertragen werden müssten und dass dies nicht im Homeoffice erfolgen könne. Insbesondere vor der anstehenden Verpflichtung von Arbeitgebern, Homeoffice-Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen, sei nicht zu vermitteln, dass dies bei einem Dateneingabeprozess nicht möglich sei. Darüber hinaus habe die vom Krisenstabsleiter Herrn Nürnberger gegenüber der Presse gemachte Aussage, er sei zehn Tage über den Meldestau nicht informiert worden, in der Öffentlichkeit für großes Unverständnis gesorgt, zumal aus der Antwort der Verwaltung hervorgehe, dass auch der Oberbürgermeister nicht über die täglichen Infektionszahlen in Kenntnis gesetzt worden sei. Er habe kein Verständnis dafür, dass – wie die Antwort der Verwaltung zeige - die Leitungsebene der Stadt erst am 04.01.2021 über die Dimensionen des Meldestaus Kenntnis erlangt hätte. Durch die Vorkommnisse sei viel Vertrauen in das Krisenmanagement der Stadt verloren gegangen und es bedürfe besonderer Maßnahmen, dieses Vertrauen wieder zurückzugewinnen.

Frau Weißenfeld (SPD-Fraktion) räumt ein, dass die Pannen sicherlich nicht hätten passieren dürfen. Aber letztlich ließen sich dort, wo Menschen arbeiteten, Fehler nicht gänzlich vermeiden. Auch wenn die Personaldecke des Gesundheitsamtes über die Weihnachtsfeiertage nicht ausreichend bemessen gewesen sei, müsse dem Umstand Rechnung getragen werden, dass die Beschäftigten dort seit Wochen und Monaten am Limit gearbeitet und die Ruhepause über die Feiertage dringend nötig gehabt hätten. Die Fehleinschätzung sei mittlerweile durch Herrn Nürnberger als Leiter des Krisenstabes korrigiert worden, wobei es auch richtig gewesen sei, den Schwerpunkt der Arbeit auf die Kontaktverfolgung zu legen. Bei allem Verständnis für die geäußerte Kritik finde sie die Wortwahl teilweise unangemessen. Dass sich das LZG eingeschaltet habe sei nachvollziehbar, wobei sie hoffe, dass das nicht die Retourkutsche des Landes auf den Widerstand des Oberbürgermeisters gegen eine auch aus ihrer Sicht unsinnige 15 km-Regelung sei. Seit Beginn der Pandemie habe der Krisenstab unter Leitung von Herrn Nürnberger gute Arbeit geleistet. So sei eine Corona-Abteilung mit über 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geschaffen worden, die naturgemäß nicht im Homeoffice eingearbeitet werden können. Auch die Errichtung des Impfzentrums sei schnell und reibungslos erfolgt. Letztlich müsse auch konstatiert werden, dass die echten Infektionszahlen sinken würden. Ihre Fraktion habe volles Vertrauen in den Oberbürgermeister, den Leiter und die Beschäftigten im Krisenstab und sie sei zuversichtlich, dass es zu keiner weiteren Meldeverzögerung mehr kommen werde. Im Übrigen sei es auch auf der Ebene der Landesregierung zu Fehlern gekommen. So habe der Zickzackkurs der Landesregierung im Schulbereich zu einer erheblichen Verunsicherung der Lehrer- und der Elternschaft geführt. Das Verfahren zur Impfterminvergabe laufe ebenfalls chaotisch und überfor-

dere viele ältere Menschen.

Herr vom Braucke (FDP-Fraktion) entgegnet, dass das Einschreiten des LZG auf die mangelhafte Aufarbeitung der Bielefelder Zahlen zurückzuführen sei. Im Hinblick auf die beabsichtigte Unterstützung des Vereins Arbeit und Leben führt er aus, dass seine Fraktion großes Verständnis für die Sorgen und Nöte des Vereins habe. In Anbetracht des Umstandes, dass sich viele Selbständige in einer zum Teil existenzbedrohenden Situation befänden, warne er davor, durch die geplante Unterstützung des Vereins einen Berufungsfall zu schaffen, zumal die vorgeschlagene Förderung von 150.000 Euro das 4,5fache des Zuschusses sei, den der Verein üblicherweise erhalte. Seine Fraktion lehne sowohl die Vorlage wie auch die beiden Änderungsanträge ab.

Herr Gugat (Einzelvertreter LiB) merkt an, dass es in Sachen Corona-Management auf allen staatlichen Ebenen eine Vielzahl berechtigter Kritikpunkte gebe. Seine Hauptkritik zielen jedoch auf den Umgang des Krisenstabes mit den Meldeverzögerungen, der gegenüber der Öffentlichkeit dann zwei unterschiedliche Zahlen kommuniziert habe. Trotz dieses Fehlers habe er allerdings auch weiterhin Vertrauen in die Arbeit des Krisenstabes. Unter Verweis auf seinen Änderungsantrag zum Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke zur Unterstützung des Vereins Arbeit und Leben führt er aus, dass er die geforderte Erstellung eines Businessplans begrüße. Allerdings sei es falsch, die Summe in voller Höhe zurückzufordern, da es sich um einen nicht gewinnorientierten Verein handle, der dadurch für die Zukunft erheblich belastet werde. Vor diesem Hintergrund schlage er nur die hälftige Rückzahlung vor.

Herr Hofmann (Gruppe Die PARTEI) stellt die Frage, was es mit linker Politik zu tun habe, wenn einem Verein, der seine Hauptaufgabe in der Weiterbildung und Stärkung von Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechten und in der Stärkung von innerbetrieblichem Rassismus habe, eine Förderung zu gewähren und diese an das Vorlegen eines Businessplans und Rückzahlungsbedingungen zu knüpfen.

Herr Kneller (Gruppe AfD) merkt an, dass die Förderung letztlich aus Steuergeldern erfolge und von daher gewisse Bedingungen durchaus angezeigt seien. Unabhängig davon werde seine Gruppe die Vorlage bzw. die dazu vorliegenden Anträge ablehnen.

Herr Krämer (Einzelvertreter BfB) warnt ebenfalls davor, durch die Unterstützung des Vereins einen Präzedenzfall zu schaffen. Da zu erwarten sei, dass in naher Zukunft einige Vereine große Probleme bekämen, spreche er sich dafür aus, verbindliche Förderrichtlinien zu entwickeln.

Frau Weißenfeld (SPD-Fraktion) weist darauf hin, dass der Verein nicht mit anderen Vereinen gleichgesetzt werden könne. Der Bereich der Weiterbildung sei kommunale Pflichtaufgabe und von daher sei seinerzeit der Verein mit der VHS und dem DGB gegründet worden. In Anbetracht der bis zur Pandemie geleisteten guten Arbeit sei es wichtig, die vorhandenen Strukturen zu erhalten, denn es sei davon auszugehen, dass es nach Bewältigung der Krise einen höheren Weiterbildungsbedarf geben werde. Da die Förderung aus öffentlichen Mitteln erfolge, spreche aus ihrer Sicht auch nichts gegen das Vorlegen eines Businessplans bzw. gegen entsprechende Rückzahlungsverpflichtungen.

Der Antrag der FDP-Fraktion, die Taxigutscheine für die Fahrten zum Impfzentrum zum normalen Tarif abzurechnen bzw. eine gegebenenfalls bereits getroffene Vereinbarung entsprechend anzupassen, wird sodann mehrheitlich abgelehnt.

Der Rat nimmt im Übrigen die Informationsvorlage zur Covid 19-Pandemieentwicklung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 6

Unterstützung des Vereins Arbeit und Leben Bielefeld e. V.

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0207, 0505, 0516/2020-2025

Text des Antrages der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke (0505/2020-2025):

Beschlussvorschlag:

1. Arbeit und Leben e.V. wird gebeten, der Verwaltung zeitnah einen Businessplan vorzulegen, aus dem ersichtlich wird, wie er sich durch Veränderungen beim Aufwand und den Einnahmen oder die Erschließung neuer Betätigungsfelder zukunftsfähig aufstellen will.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Prüfung des Businessplans, dem von Insolvenz bedrohten Verein „Arbeit und Leben Bielefeld e.V.“ die in der Beschlussvorlage 0207/2020-2025 bezeichnete Hilfe als rückzahlbare Soforthilfe auszus zahlen, soweit dies zur Vermeidung der Insolvenz erforderlich ist.

-.-.-

Text des Antrages von Herrn Gugat (Einzelvertreter LiB) [0516/2020-2025]:

Punkt 2 (des Antrages der Fraktionen) wird geändert in: „Die Verwaltung wird beauftragt, nach Prüfung des Businessplans, dem von Insolvenz bedrohten Verein „Arbeit und Leben Bielefeld e.V.“ die in der Beschlussvorlage 0207/2020-2025 bezeichnete Hilfe als hälftig rückzahlbare Soforthilfe auszus zahlen, soweit dies zur Vermeidung der Insolvenz erforderlich ist.

-.-.-

Der Antrag von Herrn Gugat wird mehrheitlich abgelehnt.

Sodann fasst der Rat folgenden

B e s c h l u s s:

1. Arbeit und Leben e.V. wird gebeten, der Verwaltung zeitnah einen Businessplan vorzulegen, aus dem ersichtlich wird, wie er sich durch Veränderungen beim Aufwand und den Einnahmen oder die Erschließung neuer Betätigungsfelder zukunftsfähig aufstellen will.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Prüfung des Businessplans, dem von Insolvenz bedrohten Verein „Arbeit und Leben Bielefeld e.V.“ die in der Beschlussvorlage 0207/2020-2025 bezeichnete Hilfe als rückzahlbare Soforthilfe ausbezahlen, soweit dies zur Vermeidung der Insolvenz erforderlich ist.

- mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 7

Bereitstellung von Mitteln für die Verlängerung überplanmäßiger Personaleinsätze

- a) der sog. Containment-Scouts zur Bearbeitung der Aufgaben im Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt im Zusammenhang mit Sars-CoV-2-Infektionen,
- b) zur Weiterentwicklung der ordnungsbehördlichen Präsenz (Ordnungskräfte) und
- c) zum Betrieb der Corona-Hotline im BürgerServiceCenter (BSC)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0340/2020-2025

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

B e s c h l u s s:

1.
 - a) Der Verlängerung des überplanmäßigen Personaleinsatzes im Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt im Umfang von 70 Vollzeitäquivalenten „Containment-Scouts“ bis 30.06.2021 wird zugestimmt.
 - b) Dem damit verbundenen überplanmäßigen Personalaufwand von insgesamt 787.500 Euro in der Produktgruppe 110108 Personalmanagement wird zugestimmt. Die ungedeckten Mehraufwendungen führen zu einer entsprechenden Verschlechterung des Jahresergebnisses im Haushaltsjahr 2021.
2.
 - a) Der Verlängerung des überplanmäßigen Personaleinsatzes im Ordnungsamt im Umfang von 55 Vollzeitäquivalenten „Außendienste“ für die Zeit bis 30.06.2021 wird zugestimmt.
 - b) Dem damit verbundenen überplanmäßigen Personalaufwand von 618.750 Euro in der Produktgruppe 110108 Personalmanagement wird zugestimmt. Die ungedeckten Mehraufwendungen führen zu einer entsprechenden Verschlechterung des Jahresergebnisses im Haushaltsjahr 2021.
3.
 - a) Der Verlängerung des überplanmäßigen Personaleinsatzes im BürgerServiceCenter im Umfang von 8 Vollzeitäquivalenten bis 30.06.2021 wird zugestimmt.
 - b) Dem damit verbundenen überplanmäßigen Personalaufwand von

insgesamt 90.000 Euro in der Produktgruppe 110108 Personalmanagement wird zugestimmt. Die ungedeckten Mehraufwendungen führen zu einer entsprechenden Verschlechterung des Jahresergebnisses im Haushaltsjahr 2021.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 8

Erstattung von Elternbeiträgen vor dem Hintergrund der Corona-Krise

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0351/2020-2025, 0516/2020-2025

Änderungsantrag der SPD-Fraktion (0516/2020-2025):

Text s. Beschluss.

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

B e s c h l u s s:

Der Rat beschließt vor dem Hintergrund der Corona-Krise die Erhebung der Elternbeiträge

- für außerunterrichtliche Förder- und Betreuungsangebote der OGS,
- für Kinder in Tagespflege im Sinne der §§ 22, 23 SGB VIII (KJHG) und
- für Kinder in Kindertageseinrichtungen

für die Monate beginnend mit dem Monat Januar 2021 auszusetzen, in denen der landes- oder bundesweite Lockdown die Einschränkung der Angebote in Kitas und OGS betrifft. Die Erstattung der schon vereinnahmten Elternbeiträge für den Januar 2021 erfolgt durch Verrechnung mit den Elternbeiträgen für den ersten Monat nach dem Lockdown.

- mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 9

Besetzung des Verwaltungsrates der Sparkasse Bielefeld für die Wahlperiode 2020 - 2025

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0225/2020-2025

Herr Oberbürgermeister Clausen verweist auf einen Übertragungsfehler und bittet darum bei den Dienstkräften der Sparkasse unter Stellvertreterinnen/Stellvertreter den Namen „Stephan Priemer“ durch „Kai-Werner Schröder“ zu ersetzen, da Herr Priemer bereits als ordentliches Mitglied aufgeführt sei.

B e s c h l u s s:

1. Der vorliegende gemeinsame Wahlvorschlag wird vom Rat der Stadt Bielefeld angenommen. Folgende Personen werden damit als Mitglieder des Verwaltungsrates der Sparkasse Bielefeld gewählt:

	Sachkundige Mitglieder/-innen	Stellvertreter/-innen	Fraktion
1.	Marcus Kleinkes	Vincenzo Coper- tino	CDU
2.	Carla Steinkröger	Tom Brüntrup	CDU
3.	Prof. Christian v. d. Heyden	Carsten Krum- höfner	CDU
4.	Regine Weißenfeld	Birol Keskin	SPD
5.	Prof. Riza Öztürk	Lars Nockemann	SPD
6.	Klaus Rees	Thies Wiemer	B90/Grüne
7.	Romy Mamerow	Joachim Hood	B90/Grüne
8.	Jan-Maik Schliffter	Jasmin Wahl- Schwentker	FDP
9.	Bernd Vollmer	Meike Taeubig	Die Linke

	Dienstkräfte der Sparkasse	Stellvertreter/-innen
10.	Ursula Grothklags	Kai-Werner Schröder
11.	Kai Delskamp	Dirk Meise
12.	Klaus Adam	Bernd van Hekeren
13.	Prisca Fleer	Matthias Hagemann
14.	Stephan Priemer	Wolfgang Eifrig

2. Zum Vorsitzenden Mitglied wird Herr Oberbürgermeister Pit Clausen gewählt.
3. Zum ersten Stellvertreter des Vorsitzenden Mitglieds wird Herr Marcus Kleinkes gewählt.
4. Zum zweiten Stellvertreter des Vorsitzenden Mitglieds wird Herr Klaus Rees gewählt.

- mit großer Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen

Zu Punkt 10

**Wahl von 8 stimmberechtigten Mitgliedern und stellvertreten-
den Mitgliedern des Integrationsrates für die Wahlperiode 2020
- 2025**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0223/2020-2025

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

B e s c h l u s s:

Für den Integrationsrat werden gem. § 2 Abs. 3 der Satzung für den Integrationsrat der Stadt Bielefeld folgende Mitglieder bestellt:

Lfd. Nr.	Partei/ Gruppe	Name, Vorname	Persönliche Stellvertretung
01	CDU	Vincenzo Copertino	Ursula Varnholt
02	CDU	Tanja Orlowski	Marcel Kaldek
03	SPD	Miriam Wels	Ole Heimbeck
04	SPD	Jan Banze	Brigitte Biermann
05	B 90/ Grüne	Jana Bode	Dominik Schnell
06	B 90/ Grüne	Joachim Hood	Lena Oberbäumer
07	FDP	Jan Maik Schlifter	Jasmin Wahl-Schwentker
08	Die Linke	Brigitte Stelze	Dirk Schmitz

- mit großer Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen

-.-.-

Zu Punkt 11**Gremien, in die der Rat Vertreter/-innen entsendet, hier: Beteiligungen**

Herr Oberbürgermeister Clausen weist darauf hin, dass ein gemeinsamer Wahlvorschlag aller Fraktionen und der Zählgemeinschaft vorliege, dessen aktuelle Version im Informationssystem eingestellt bzw. auf den Tischen verteilt worden sei. Da auf seine Nachfrage keine weiteren Wahlvorschläge unterbreitet werden, stellt er der Form halber fest, dass keine weiteren Wahlvorschläge vorlägen, so dass er nun den gemeinsamen Wahlvorschlag zur Abstimmung stelle.

Da auf den Wahlvorschlag zwei Gegenstimmen entfallen, erklärt Herr Oberbürgermeister Clausen, dass die Besetzung mangels Einstimmigkeit nach den Grundsätzen der Verhältniswahl zu erfolgen habe. Die Wahl erfolge durch offene Abstimmung in einem Wahlgang für die Mitglieder und die stellvertretenden Mitglieder. Unter Effizienzgesichtspunkten schlage er vor, über den vorliegenden Wahlvorschlag als Block abzustimmen.

B e s c h l u s s:

Der Rat beschließt die Entsendung von Mitgliedern in Gremien der Beteiligungen entsprechend des gemeinsamen Wahlvorschlags von Fraktionen und Zählgemeinschaft.

- mit großer Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen –

Die Aufstellung ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.

-.-.-

Zu Punkt 12

Gremien, in die der Rat Vertreter/-innen entsendet, hier: Stiftungen, Verbände

Herr Kricke weist darauf hin, dass die Bildungskonferenz, für die lt. Vereinbarung jede der im Rat vertretenen Parteien ein Mitglied bzw. eine Stellvertretung benennen könne, noch nicht vollständig besetzt sei.

Frau Oberbäumer (Gruppe Die PARTEI) benennt sich als ordentliches Mitglied und Herrn Jan Schwarz als ihren Stellvertreter.

Herr Gugat (Einzelvertreter LiB) benennt als ordentliches Mitglied Herrn Bieder und als seine Stellvertreterin Frau Pickardt.

Herr Kricke bittet die Parteien, die noch keine Mitglieder benannt hätten, um entsprechende Nachbenennung.

B e s c h l u s s:

Der Rat beschließt die Entsendung von Mitgliedern in Gremien der Beteiligungen entsprechend des gemeinsamen Wahlvorschlags von Fraktionen und Zählgemeinschaft.

- mit großer Mehrheit bei einigen Enthaltungen beschlossen -

Die Aufstellung ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.

-.-.-

Zu Punkt 13

Umbesetzungen in Ausschüssen, Beiräten und anderen Gremien (Anträge der Fraktionen und Gruppen u. ä.)

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-